

5 Aus dem Nahen Osten

I Bemühungen um den Frieden¹

Abba Eban, Außenminister des Staates Israel, in der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 19. September 1969

Zu den Entwicklungen im Nahen Osten bringen wir im folgenden die Ansprache von Abba Eban vom 19. 9. 1969 vor der UNO. Da die Verhandlungen der Vier-Mächte, die sich eine Zeitlang auf Verhandlungen der Zwei-Mächte eingeengt haben; nur auf diplomatischer Ebene geführt werden, schlagen sich diese nicht in Veröffentlichungen nieder, auch nicht über Zwischenergebnisse, so daß wir daher nicht in der Lage sind, solche Ergebnisse zu bringen. Wir vermitteln einen Einblick in britische Regierungsansichten mit nachstehenden Erklärungen des britischen Außenministers Stewart vom 22. 9. und 30. 10. 1969 vor der UNO sowie der Rede des britischen Staatsministers George Thomson, M. P. zum Balfour-Tag in Tel Aviv vom 1. 11. 1969. Außerdem bringen wir von Dr. H. T. Farouki, einem Palästinenser: „Was die Palästinenser wollen“; von A. Eban: „Der israelische Preis für den Frieden“^{1a}. Es folgt ein Beitrag: „Die arabischen Flüchtlinge“. Über die antisraelischen Auffassungen der neuen Linken und die Auseinandersetzung in Nahost berichten eine Darlegung von Pfarrer Martin Stöhr, Evangelische Akademie Arnolds-hain, und „Brief an einen linksstehenden Freund“. Ein Briefwechsel vom Herbst 1922 von Felix Weltsch an Hugo Bergmann sowie „Was bedeutete uns Jerusalem in dieser Nacht?“ beschließen diesen Abschnitt.

Jeder ernsthafte Versuch der UNO, der menschlichen Sache zu dienen, muß von der Kritik seinen Ausgang nehmen. Wir haben ein Jahr der Frustration und des Stillstandes hinter uns. Bei der Lösung der Konflikte sind wir um nichts weitergekommen, und die UNO ist in ihrer Bedeutung zurückgefallen, sie spielt nur eine Nebenrolle in den Angelegenheiten der Weltpolitik.

Ihre Wirkung ist geringer geworden, und ihre Flamme brennt nur schwach. Dennoch gab es noch nie eine Epoche, die so dringend nach Institutionen verlangt hätte, welche in der Lage wären, einen globalen Geist zu vertreten. Die Mächte, die die Menschheit zu einem gemeinsamen Schicksal zwingen, verlangen auch, daß wir einen einigenden Rahmen für die internationalen Beziehungen aufrechterhalten, zusätzlich zu den wechselnden bilateralen und regionalen Kontakten. Eine Gemeinschaft souveräner Staaten, die sich in der Absicht, Recht und Frieden zu bewahren, vereinigt, ist die höchste Vorstellung, die der Mensch sich machen kann. Aber zwischen der Vorstellung und den Realitäten ist eine tiefe Kluft, und sie wird von Jahr zu Jahr tiefer.

Tatsächlich fließen heute die wichtigsten Ströme politischer Diskussion und Aktivität zwischen den einzelnen Staaten meistens außerhalb der UNO. Seit dem Sommer 1968 sind Frieden und Freiheit in Europa durch die flagrante Invasion der Tschechoslowakei gebrochen worden, in Südostasien durch die fortgesetzten Kämpfe in Vietnam, in Nordostasien durch unheilvolle Blitze an der russisch-chinesischen Grenze, im Nahen Osten durch den formalen und tatsächlichen Bruch des Waffenstillstands seitens Ägyptens, in Afrika schließlich durch die Qualen von Millionen Menschen in Biafra.

¹ In: Israel Bulletin, Hrsg. Botschaft des Staates Israel (4/24). Bad Godesberg, Oktober 1969. (Anmerkungen dieser Beiträge S. 22–49 d. Red. d. FR).

^{1a} Diese Ergänzung erfolgt nach Redaktionsschluß des FR (s. u. S. 39, Vorspann).

Kritik am Sicherheitsrat

Aber der Sicherheitsrat hat bei der Besetzung der Tschechoslowakei nichts tun können. Er hat auch nichts zum Krieg in Vietnam zu sagen gehabt. Er hat sich ebenso wenig zu dem Elend von Millionen Westafrikanern geäußert, die durch Hunger und Blutvergießen zugrunde gehen. Er hat geschwiegen, als Ägypten im Nahen Osten seinen eigenen Waffenstillstandsbeschuß mißachtet hat. Er hat bisher auch noch nichts gegen die zunehmende Piraterie in der Luft unternommen. Er hat geschwiegen, als in den Straßen Bagdads drohend Galgen errichtet wurden, an denen zahlreiche Opfer öffentlich gehängt wurden.² Er hat nachsichtig zugehört, als einige arabische Staaten den bedauerlichen Brand der Al-Aksa-Moschee zu einer maßlosen Kampagne religiöser Aufhetzung zu mißbrauchen versuchten³, die an die Zeiten des finstersten Mittelalters erinnerte. Er ist wie in den vergangenen Jahren damit einverstanden gewesen, Beschlüsse über den Nahen Osten nur unter zwei Bedingungen zu fassen: nämlich daß der Wortlaut für die arabischen Staaten annehmbar ist – und daß er kein Wort Kritik über die Politik oder die Aktivitäten arabischer Regierungen enthält, die zur Ermordung unserer Bürger geführt haben und zu der offenen Drohung, unseren Staat zu vernichten.

Ein Drittel der Mitglieder des Sicherheitsrates sind Staaten, deren diplomatische Beziehungen oder gefühlsmäßige Neigungen ausschließlich einer Seite im Nahostkonflikt zuneigen. Und das ist der einzige Konflikt, mit dem sich der Sicherheitsrat befaßt. Politischer Stillstand und militärische Eskalation sind die Kennzeichen vieler heutiger Konflikte, und ihre Ursachen liegen oft außerhalb der Macht und des Willens der UNO. Aber das entbindet uns nicht der Pflicht der Selbstprüfung. Ein Hauptnachteil springt ins Auge; er wurde von dem verstorbenen Präsidenten Arenales am Ende der 21. Sitzungsperiode freimütig

² Bei den Hinrichtungen am 27. 1. 1969 und am 25. 8. 1969 s. u. S. 68. – Der Zentralrat der Juden in Deutschland berichtet in seinen Informationen (Nr. 1, Januar 1970, S. 4): Der Jüdische Weltkongreß drückt [Anfang Januar 1970] seine tiefe Enttäuschung über das Verhalten der Vereinten Nationen aus, die die fundamentalen Menschenrechte dieser jüdischen Gruppen nicht geschützt hätten, während ein besonderes Komitee zur Prüfung der arabischen Situation in den von Israel verwalteten Gebieten gebildet worden sei. Trotz der Enttäuschung über manche Handlungen und Unterlassungen der Vereinten Nationen, die in einer Resolution „evidente Impotenz der UNO“ genannt wurde, zeigte der Kongreß Interesse an der Aufrechterhaltung und Ausgestaltung der Vereinten Nationen, deren Verfassung einer Revision bedarf, damit die UNO als Instrument einer echten Friedensordnung dienen kann. Der Kongreß forderte die Einsetzung eines Hohen Kommissars für Menschenrechte, der mit ausreichender internationaler Autorität ausgestattet wird. Auch das Stimmrecht und die Verfahrensregeln der Vereinten Nationen müssen so gestaltet werden, daß die Vereinten Nationen in Zukunft ihre Funktion ausüben können und nicht das Gegenteil von dem bewirkt wird, was die Schöpfer dieser Institution von ihr erwarteten.

³ S. u. S. 61.

ausgesprochen. Die Beschlüsse werden hier mit rhetorischer Begeisterung und von zufälligen Mehrheiten gefaßt, aber ohne Rücksicht auf ihre Billigkeit und Ausführbarkeit. Kein Wunder, daß ihnen die sittliche und rechtliche Kraft fehlt. Diese Schwierigkeit kann nur überwunden werden, wenn wir entschlossen und ausdauernd nach einer Übereinkunft streben, die die betroffenen Parteien einbezieht. Die Aufgabe der UNO sollte darin bestehen, sie zu einem Übereinkommen zu ermuntern, die sie trennenden Gegensätze nicht zu verschärfen. Kurz gesagt, die UNO sollte weniger parlamentarisch als diplomatisch ans Werk gehen. Sie wurde gegründet zur Aussöhnung gegensätzlicher Ansichten und Interessen und nicht zu einem Entscheid zwischen ihnen, noch weniger zur Anwendung von Gewalt. Darüber hinaus sollte sie bestrebt sein, die allgemeinen Hoffnungen der Menschheit zum Ausdruck zu bringen.

Wenn alle Kanonen schweigen

Kann diese Sitzung der Generalversammlung z. B. nicht den wichtigsten Interessen und Wünschen der Völker, für die wir sprechen, in dramatischer Form Ausdruck verleihen? Ich möchte anregen, daß der UNO-Tag, der auf den 24. Oktober fällt, in diesem Jahr zu einem Tag einer weltumfassenden Waffenruhe proklamiert würde. An diesem Tag sollten auf der ganzen Welt die Waffen ruhen, in Vietnam und in Nigeria, an der chinesisch-sowjetischen Grenze, in allen Teilen Afrikas und an der Waffenstillstandslinie im Nahen Osten. Wenn alle Kanonen schweigen, dann werden die Regierungen der Staaten in der feierlichen und einmaligen Ruhe die verzweifelte Stimme der Menschheit hören, die eine Welt des Friedens fordert. Freilich, ein Waffenstillstand allein löst noch keine komplizierten Streitigkeiten. Aber wenn erst einmal ein Augenblick der Besinnung die Völker rund um den Erdball ergriffen hat, so wird man doch zögern, in den alten Zustand zurückzufallen. Und der schwere und lange Weg, der jedoch unentbehrlich ist, um zu Vereinbarungen auf dem Verhandlungswege zu gelangen, kann überall beschritten werden, ohne daß nebenher Bomben fallen und Granaten explodieren.

Ohnmacht in Zeiten der Gefahr

Gerade im Nahen Osten war es im vergangenen Jahr so, daß die Kanonen nicht aufgehört haben zu brüllen und daß kein ruhiges Gespräch zustande kam. Nichts ist so gelaufen, wie es ein vernünftiger Mensch erwarten sollte. Im September 1967 faßten die arabischen Regierungen einen gemeinsamen Beschluß, Verhandlungen abzulehnen, die Anerkennung Israels zu verweigern, den Frieden zu verneinen und der Festlegung sicherer und vertraglicher Grenzen mit Israel auszuweichen. Diese rücksichtslose Politik ist seither aufrechterhalten worden, ja, sie ist mit einer Härte fortgesetzt worden, die eines höheren Zieles würdig wäre. Tatsache ist, daß Präsident Nasser weder im Grundsatz noch in der politischen Praxis von seinem Versuch im Mai 1967 abgewichen ist, Israel mittels einer würgenden Einkreisung und einer überraschenden Blockade zu zerstören.

Diese dramatischen Ereignisse sollte die internationale Welt nicht aus dem Gedächtnis verlieren. Sie vergessen hieße jedes Verständnis für die heutige Lage im Nahen Osten preiszugeben. Israel wird für ewige Zeiten das Bild der Gefahr und der Einsamkeit, in der es sich damals befand, vor Augen haben, und dieses Bild wird nie verblasen. Diese Erinnerung ist ein Teil unserer selbst geworden.

Wir brüten darüber Tag und Nacht. Denn nur durch außerordentliche Wachsamkeit, durch unabhängige Verantwortung und äußerst harte Opfer haben wir eine Katastrophe vermieden, die dem historischen Weg unseres Volkes ein Ende bereitet und für alle Zeiten schwer auf dem Gewissen der Menschheit gelastet hätte. Jedesmal, wenn die Sommermonate kommen, erinnern wir uns, wie alles, was wir liebten und pflegten, in Gefahr war, in den Flammen des Krieges und des Mordens unterzugehen. Wir erinnern uns auch an das Stillschweigen und die Gleichgültigkeit des Sicherheitsrates, der von einer Vertagung zur anderen in aller Gelassenheit den in der modernen Geschichte einzigartigen Versuch beobachtete, einen souveränen Staat auf der Landkarte der Welt auszuradieren. Wir werden nicht vergessen, wie all die Erklärungen, Erwartungen, Hoffnungen, Versprechungen, Verpflichtungen und Verständnisbereitschaft, auf die sich für seine Sicherheit zu verlassen Israel einige Male angeraten wurde, im Ernstfall fragwürdig und illusorisch waren. Wir werden uns erinnern, wie das Gewissen aller freien Menschen der Welt sich in tiefer Besorgnis auf die Seite Israels stellte⁴ – aber in einer totalen Ohnmacht. Und mit der Erinnerung an die düsteren langen Schatten kommt uns auch wieder ins Gedächtnis, wie wir uns mit verzweifelter Tapferkeit und vollkommener Redlichkeit des Würdegriffs entledigten, der sich um unsere Kehle gelegt hatte.

Ein Volk, das sich heute noch seiner Revolten gegen antike Tyrannen erinnert, wird auch die schärfere Gefahr und die so viel größere Befreiung nicht vergessen, die es vor zweieinhalb Jahren erlebte. Das war ein Augenblick, der fortdauernd in der nationalen Erinnerung für immer leuchten wird – ein unvergleichbarer Augenblick, der ganz Israel bis in seine fernsten Generationen bewegen wird. Und aus dieser Erinnerung fließen Pflichtgefühl und Entschlossenheit. Es ist unsere Pflicht und unser fester Entschluß, dafür zu sorgen, daß solche Gefahren nie wieder zurückkommen. Wir können nie wieder zu der politischen Anarchie und der physischen und territorialen Verwundbarkeit zurückkehren, die uns beinahe den Untergang gebracht hätten.

Vor zwei Jahren und drei Monaten raffte sich die UNO, die nicht fähig gewesen war, Israel in seiner verzweifelten Lage beizustehen, moralisch dazu auf, in drei zentralen Punkten ein Urteil zu fällen: Sie weigerte sich, den berechtigten Widerstand Israels gegen die drohende Zerstörung zu verurteilen. Sie wies verschiedentlich die lächerliche sowjetische und arabische Unterstellung zurück, daß Israels Weigerung unterzugehen als „Aggression“ bezeichnet werden könnte. Und sie verwarf ferner alle Vorschläge, die Lage wieder herzustellen, die zum Kriege geführt hatte und die, von neuem herbeigeführt, unvermeidbar zu einem weiteren Krieg führen würde.

Kein Weg zurück

So gestalteten sich die Diskussionen, die hier vor zwei Jahren stattgefunden haben, zu einer scharfen Kritik der arabischen Feindseligkeit, die Israel zwei Jahrzehnte lang bedrängt hatte und die bis heute nicht aufgegeben worden ist. Die Meinung der Welt wies solche Lösungen zurück, die sich auf eine Rückkehr zu der explosiven Lage von Anfang Juni 1967 gründeten. Stimmen aus allen Erdteilen pflichteten dieser Ablehnung bei. Ein afrikanischer Staatsmann, der Außenminister der Elfenbeinküste, faßte das Problem in drei kurzen Sätzen zusammen:

⁴ S. FR XIX/1967. S. 14 ff.

„Eine Rückkehr zum politischen Status quo in diesem Gebiet heißt so viel wie einen Vorwand hinnehmen, der uns unvermeidlich in die brutale Realität zurückführt. Der Konflikt zwischen Israel und der arabischen Welt kann nur durch eine Lösung auf dem Verhandlungswege beigelegt werden. Wenn erst einmal das Gespräch begonnen hat, kann auch eine Lösung gefunden werden.“

Seitdem haben Vertreter der gegensätzlichsten Traditionen und Kulturen ihre Stimme zugunsten einer neuen und beständigen Ordnung dieses Gebietes erhoben und gegen die Illusion, daß außerhalb eines Friedensvertrags Änderungen an der Waffenruhelinie vorgenommen werden können. Sie haben sich für vertraglich festgelegte und endgültige Grenzen ausgesprochen sowie für andere Vereinbarungen, die uns Sicherheit gegen Terror und Krieg geben, gegen die Zweideutigkeiten eines überholten Waffenstillstandes, zugunsten eines dauerhaften Friedens, der in gehöriger Weise vereinbart und vertraglich festgelegt werden muß.

Unser Standpunkt ist folgender: Es gibt keinen Weg zurück zu den explosiven und gebrechlichen Waffenstillstandsabkommen des Jahres 1949. Der Weg nach vorne, zum Frieden, ist weit offen. Unsere Aufgabe ist es, sicherzustellen, daß ein neuer Abschnitt der Zusammenarbeit und des Fortschritts, von dem man vorher weder gehört noch gesprochen hat, nun in der Geschichte des Nahen Ostens beginnen kann.

Arabische Politik 1968/69

Leider aber war die arabische Politik in den vergangenen zwölf Monaten darauf eingestellt, alle solche Möglichkeiten auszuschließen. Wenn wir uns fragen, warum im vergangenen Jahr kein Fortschritt in der Richtung des Friedens gemacht worden ist, stoßen wir auf die simple Tatsache, daß einfach keine Verhandlungen stattgefunden haben. Bei internationalen Streitigkeiten brauchen Verhandlungen nicht unbedingt einen Erfolg zu garantieren, aber fehlende Verhandlungen stellen eine eiserne Garantie für einen Mißerfolg dar. Der Grundsatz „keine Verhandlungen mit Israel“, der 1967 auf der arabischen Gipfelkonferenz in Khartum aufgestellt worden ist, wurde seitdem oft wiederholt und bildet mit seiner totalen Verstocktheit ein unüberwindbares Hindernis für den Frieden.

Der Nachdruck, den meine Regierung auf Verhandlungen legt, ist keine fixe Idee der Methode. Verhandlungen sind vielmehr das Herz und der Mittelpunkt des ganzen Problems. Eine Weigerung zu verhandeln, ist gleichbedeutend mit der Weigerung, den Frieden wiederherzustellen. Wie kann ein Übergang von fortgesetzten Feindseligkeiten zu einer friedlichen Koexistenz auf der Grundlage von diplomatischem Boykott und politischer Ächtung verwirklicht werden? Noch nie in der Geschichte unserer Zeiten sind zwei Staaten aus dem Zustand des Krieges in den Zustand des Friedens gelangt, wenn sich einer von beiden weigerte, sich mit dem andern zu Verhandlungen zusammenzusetzen. Es gibt doch Gesetze im internationalen Leben, ebenso wie es Gesetze in der Natur und in der Gesellschaft gibt. Eine Weigerung zu Verhandlungen beweist, daß keine gemeinsame politische und rechtliche Grundlage vorhanden ist, von der aus sich die Parteien einander nähern könnten, um ihre Interessen in Einklang zu bringen.

Insbesondere ist es ein Irrtum, ein Verfahren vor den Vereinten Nationen als einen Ersatz für eine bilaterale Absprache anzusehen. Das ist genau das Gegenteil davon, wofür diese Organisation geschaffen worden ist. Die UNO

ist ein Instrument, um Konflikte zu beenden, und nicht eine Arena, in der sie ausgetragen werden. Sie erfüllt ihre hohen Ziele nur, wenn sie als Brücke dient und nicht als Keil. Es gibt im internationalen Leben keinen Parallellfall für die Weigerung eines Staates, einen anderen Staat anzuerkennen, außer mit der Absicht, den Kriegszustand mit ihm aufrechtzuerhalten. Die Alternative zu einer Vereinbarung auf Grund von Verhandlungen würden günstigenfalls vage, zweideutige, unkontrollierbare Regelungen sein, die jede beliebige Interpretation erlauben. So war es mit den Vereinbarungen von 1957, die 1967 binnen weniger Stunden wie ein Kartenhaus zusammenfielen. Das Ende der Vereinbarungen von 1957 hing wesentlich damit zusammen, daß die Verantwortung der Ägypter niemals vertraglich festgelegt worden war. So erhielten wir 1967 eine bittere, unvergeßliche Lektion über die innere Bruchigkeit internationaler Garantien und auch der Versprechungen des Sicherheitsrates, solange die gegenwärtigen Verhältnisse des Machtgleichgewichtes in der Welt vorherrschen. Diese Lektion werden wir in unserer künftigen Geschichte nicht vergessen.

Kein Frieden ohne Verhandlungen

Diesen grundsätzlichen Betrachtungen müssen wir solche der Wirksamkeit folgen lassen. Die an dem Konflikt beteiligten Parteien werden die Anzeichen einer neuen Ära nur im Zusammenhang mit Verhandlungen erblicken können. Nur dann wird die Diskussion aus der rhetorischen und polemischen Phase zu konkreten, detaillierten Formulierungen aller zur Debatte stehenden Probleme gelangen. Die Verweigerung von Verhandlungen schafft eine gespannte, verdächtige und skeptische Atmosphäre. Die Bereitschaft zu verhandeln, würde den Gedankenfluß einleiten und die Phantasie zu Möglichkeiten beflügeln, vollkommen verschieden von allem, was wir bisher gewußt haben oder was wir uns zur Zeit vorstellen können. Ich übertreibe gewiß nicht, wenn ich meine, daß die Idee, ohne Verhandlungen vom Krieg zum Frieden zu gelangen, weit weniger realistisch ist als die, zum Mond zu fliegen. Der Mond ist tatsächlich bereits von Menschen betreten worden, während ein Frieden ohne Verhandlungen in der gesamten Geschichte noch nicht zustande gekommen ist. Die Grundsätze, die der Sicherheitsrat 1967 formuliert hat, können keinen Sinn oder Nutzen haben, wenn sie nicht durch Verhandlungen interpretiert und präzisiert werden. Als die ursprünglichen Befürworter und Förderer dieser Resolution sie uns als Rahmenwerk für den Auftrag des Botschafters Jarring empfahlen, stellten sie ausdrücklich fest, daß sie ein Rahmen für Verhandlungen sein solle. Vor einem Jahr sagte der amerikanische Vertreter in diesem Hause, daß der Entwurf dieser Resolution „das Skelett von Grundsätzen sein solle, mit dessen Hilfe der Friede wiederhergestellt werden könnte. Sie war nicht als selbsttätiges Mittel gedacht.“ Am 22. November 1967 sagte der Vertreter Großbritanniens, die Resolution sei „kein Aufruf für eine vorübergehende Waffenruhe oder eine oberflächliche Aushilfe. Sie spiegelt eine Weigerung wider, mit irgendeiner sogenannten Regelung verwechselt zu werden, die nur die Fortsetzung einer falschen Waffenruhe bedeuten würde.“ Er fuhr fort mit der Feststellung, daß „alles, was unternommen würde, im Rahmen eines beständigen Friedens zu geschehen habe und daß ein Rückzug dem Ziel dienen müsse, die Grenzen zu sichern“. Es wurde im Sicherheitsrat klargestellt, daß sichere und anerkannte Grenzen im Nahen Osten oder in den Verpflichtungen der Parteien untereinander niemals bestanden

haben. Deshalb müßten sie als Teil der Friedensvorbereitung von den Parteien selbst fixiert werden.

Alle Erfahrung hat den Sinn, daß die Menschen daraus lernen. Warum sollen wir nicht, statt über Theorien zu streiten, auf die Erfahrungen der letzten 28 Monate zurückblicken? Jeder mögliche Ersatz für normale Verhandlungen ist versucht worden: Sondersessionen der Generalversammlung, reguläre Sitzungen der Generalversammlung, Tagungen des Sicherheitsrates, getrennte Gespräche von UNO-Vertretern mit den Regierungen der Nahost-Länder, Gespräche zwischen vier ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates – alle diese Techniken und Einfälle sind ausprobiert worden –, und nichts hat uns vorwärts gebracht. Wenn diejenigen, die sich mit all diesen Aktivitäten befaßt haben, keinen wirksamen Ersatz für Verhandlungen gefunden haben, so lag es gewiß nicht an einem Mangel an Ausdauer. Es ist einfach so, daß kein solcher Ersatz existiert. Und dies nach 28 Monaten. Ich wiederhole darum mit desto größerer Überzeugung, was ich den arabischen Regierungen 1967 von diesem Platz aus gesagt habe⁵: „Sie haben sich wiederholt entschlossen, uns auf dem Schlachtfeld zu begegnen. Sie können es nicht ablehnen, uns auch am Verhandlungstisch zu treffen.“

Aushöhlung des Waffenstillstandsabkommens

Daß während der letzten 12 Monate keine Verhandlungen stattgefunden haben, ist ein Zeichen weiterer Entfremdung. Die Araber haben ihre methodischen Feindseligkeiten gegenüber Israel intensiviert. Dafür gab es drei Formen:

1. Der Waffenstillstand, der durch den Entschluß des Sicherheitsrates vom 6. Juli 1967 zustande gekommen war, ist fortgesetzt gebrochen und später gekündigt worden. Die formale Kündigung dieses Abkommens erfolgte in der Ansprache Präsident Nassers vom 23. Juli 1969, als er erklärte, „der Waffenstillstand kann nicht ewig währen ... und wir haben nun zu kämpfen. Wir beginnen jetzt das Werk der Befreiung. Der Sechs-Tage-Krieg ist nicht zu Ende. Der Zwei-Jahres-Krieg, der Drei-Jahres-Krieg, der Vier-Jahres-Krieg hat begonnen.“

2. Arabische Regierungen, die das Waffenstillstands-Abkommen nicht gekündigt haben, halten sich in manchen Fällen für berechtigt, den militärischen Konflikt durch terroristische Organisationen herbeizuführen. Die Handlungen solcher mordenden Terrorgruppen sind keine Folge des Krieges von 1967, sie waren vielmehr eine seiner Hauptursachen. Dieses Problem hat nichts damit zu tun, daß Israel im Gefolge des Waffenstillstands-Abkommens große Gebiete verwaltet. Angriffe von Terrorgruppen fanden schon vor dem Krieg, also vor Juni 1967, statt. Und sie würden mit weit größerer, verheerender Wirkung und vielleicht gar fatalen Resultaten fortgesetzt werden, falls sich Israel von der Waffenstillstandslinie zurückziehen müßte, bevor der Friede wiederhergestellt ist. Dazu ist Israel natürlich unter gar keinen Umständen verpflichtet.

Der arabische Terror

Art und Charakter dieser Terrorgruppen erweisen sich aus den Methoden, die sie anwenden. Da wird z. B. eine Bombe in einen Supermarkt geworfen, in dem Hausfrauen ihre Einkäufe erledigen. Da wird eine Handgranate in teuflischer Weise in einem Universitäts-Restaurant gelegt. Ein mit Dynamit beladenes Auto wird sorgsam auf einen überfüllten Markt gefahren, wo einfache und ahnungslose Menschen ihren üblichen bescheidenen Handel betrei-

ben. Passagierflugzeuge werden gewaltsam entführt oder auf dem Flughafen angegriffen, wobei ihre leichte Zerstörbarkeit den Terroristen besonders gelegen kommt. Alle diese Unternehmungen haben natürlich keine dauerhafte Wirkung. Israels Existenz wird davon nicht betroffen, heute und in Zukunft nicht. Dadurch wird kein einziger Zentimeter Boden seinen Besitzer wechseln. So wird die Ermordung unschuldiger Männer, Frauen und Kinder nicht das Mittel zu einem Ende, sondern sie ist selbst ein Endpunkt, eine Sackgasse, die nirgendwohin führt außer zu Bitterkeit und tiefem Groll. Wenn sie überhaupt zu etwas führt, dann zu Israels fester Entschlossenheit, die Waffenstillstandslinie niemals abzuändern außer durch einen endgültigen Friedensvertrag und eine vertraglich festgelegte Grenzziehung.

Was hier bedroht wird, ist nicht die Existenz Israels, sondern die Aussicht auf den Frieden. Das Ideal und Ziel dieser Terrororganisationen ist einfach, daß der Frieden aus dem Leben und den Perspektiven des Nahen Ostens verbannt werden soll. Was sie tun, deckt sich mit dem, was sie wünschen. Ihre Mission ist nicht Befreiung, sondern die Zerstörung der Freiheit, die sich ein kleiner Staat bereits erworben hat, und die Unterwerfung des gesamten Nahen Ostens unter die Geißel von Krieg und Haß.

3. Die Nichtanerkennung des Waffenstillstandes und die Zunahme der terroristischen Aktivitäten sind kürzlich durch eine Neuerung gekrönt worden. Die arabische Feindschaft gegenüber Israel hat die Grenzen überschritten, die bisher der Kriegstechnik – mit Ausnahme einiger extremer und abscheulicher Fälle – gesetzt waren. Die arabischen Terrororganisationen, die von ihren Regierungen unterstützt werden, haben alle Schranken der Zivilisation durchbrochen. Sie überfallen Flugzeuge der zivilen Luftfahrt, sie setzen unbeteiligte Passagiere fest, sie veranstalten in den Straßen Bagdads öffentliche Hinrichtungen am Galgen. Sie unterstützen einen zügellosen religiösen Haß, würdig der dunkelsten, blindgläubigen Zeiten des Mittelalters, indem sie mit wahrem Vergnügen den Brand der Al-Aksa-Moschee ausbeuten.⁶ Sie verwickeln neutrale Staaten in ihre eigenen Grausamkeiten, und neuerdings mißbrauchen sie sogar Kinder für ihre Terrorunternehmen. Als die Nazis eine Million unserer Kinder ermordeten, hielt man das für das Äußerste, das man sich vorstellen konnte. Heute erleben wir eine Verfeinerung jener Grausamkeiten: Kinder werden als Mörder ausgebildet, zum Nutzen einer Sache, die sich ihrem Verständnis und ihrer Beurteilung vollkommen entzieht. Auf dem tiefsten Punkt unserer Entfremdung und unseres Grolles haben wir und auch andere gehofft, daß die Zukunft besser sein werde als die Vergangenheit. Nun müssen wir feststellen, daß die arabischen Führer ihre Feindseligkeit auf die kommenden Generationen übertragen.

Zunehmender Antisemitismus

Ein heftiger antijüdischer Rassismus beherrscht die arabische Erziehung und breitet sich in jeder Straße aus. Ein arabischer Schriftsteller, der nach Kairo zurückgekehrt war, veröffentlichte seine Eindrücke in der Londoner Monatsschrift „Encounter“. Hier ist ein Auszug aus seinen Beobachtungen:

„Die Ägypter reagieren ziemlich ärgerlich, wenn man ihnen unterstellt, sie wären Antisemiten. Manchmal antworten sie darauf mit dem wenig überzeugenden Argument, sie könnten nicht gut Antisemiten sein, weil sie doch

⁵ S. FR XIX/1967. S. 32.

⁶ S. u. S. 61.

selbst Semiten wären. Das ist natürlich absurd. Ein Besuch in den Buchläden Kairos oder auch bei den Kiosken an den Straßenecken zeigt, daß sie vollgestopft sind mit höchst boshafter antisemitischer Literatur. Das meiste davon ist übersetzt oder exzerpiert aus europäischen Büchern. Arabische Übersetzungen der berühmten ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ finden sich überall und werden von der Regierung zitiert und verteilt durch verschiedene Propaganda- und Informationsinstitutionen. Auch Hitlers ‚Mein Kampf‘ ist ein weit verbreiteter ‚Klassiker‘. Es gibt eine Unmenge Bücher über die Schlechtigkeit der Juden überhaupt sowie über eine ‚jüdische Verschwörung‘ gegen die gesamte Menschheit. Ausgewählte Exemplare des Hasses stellen die Behauptung auf, der Jude verwende christliches und mohammedanisches Blut für seine religiösen Zeremonien, der Jude sei verantwortlich für beide Weltkriege und für zahllose frühere Unruhen in der Welt. Das führt manchmal zu einer Rechtfertigung Hitlers und Eichmanns, die als Märtyrer für eine gute Sache hingestellt werden.“ Kriege haben ihre Wurzeln in eingefleischten Vorstellungen. Wenn Präsident Nasser im August 1969 von der Notwendigkeit sprach, „Palästina mit Waffengewalt zu säubern“, so beweist er damit, daß sein Sinn immer noch den Vorstellungen anhängt, mit denen er im Mai 1967 die Verhältnisse im Nahen Osten durcheinanderbrachte. Palästina mit Waffengewalt säubern! Er spricht, als ob er vom Schicksal dazu berufen wäre, den Nahen Osten von einer Verschmutzung zu reinigen. Woher bezieht er diese Sprache? Wo haben wir sie vorher schon gehört? Was für Erinnerungen weckt sie in uns?

Die militärischen und politischen Folgen solcher bössartiger Ideen sind nun evident. Die militärischen Folgen waren die ägyptische Aufhebung der Waffenruhe, die Hinnahme und Unterstützung von Angriffen irregulärer Einheiten und die Verlagerung des Kampfes auf den Boden anderer Länder. Wenn arabische Regierungen diejenigen fördern und schützen, die Gewalttaten auf dem Hoheitsgebiet von Staaten wie Griechenland, Italien, der Schweiz, Großbritannien, der Niederlande, Belgiens, der Philippinen und der Bundesrepublik Deutschland planen oder ausführen, oder wenn arabische Regierungen es verabsäumen, solche Gewalttaten zu verurteilen und zu verhindern, dann zeigen sie ihre Verachtung nicht nur gegenüber der Souveränität Israels, sondern auch gegenüber der Souveränität der genannten europäischen und asiatischen Staaten. Sie eignen sich damit auch Methoden an und wählen Hoheitsgebiete zum Schauplatz ihrer Gewalttaten, bei denen Israel – gemäß seinen eigenen Vorstellungen von internationalem Recht – nicht willens ist, mit gleicher Münze zurückzuzahlen.

Auf diplomatischer Ebene

Die Geschichte der Diplomatie des vergangenen Jahres ist leicht erzählt. Gefolgt von anderen arabischen Staaten, brach Ägypten im Oktober 1968 die Kontakte mit Israel über die Jarring-Mission in New York ab. Im April 1969 legten die arabischen Regierungen unter Führung Ägyptens ihre Politik in schriftlichen Erwidern an Botschafter Jarring formell fest. Kairo erklärte sich zwar bereit, den Beschluß des Sicherheitsrates vom 22. November 1967 anzunehmen, weigerte sich aber zugleich, die Kampfhandlungen einzustellen, wenn die Waffenstillstandslinie von 1949 nicht vorher wiederhergestellt würde. Es gibt jedoch keinen Beschluß des Sicherheitsrates, der die Wiederherstellung jener Grenzlinie verlangt.

Der Text der ägyptischen Erwidern vermeidet es ausdrücklich, Israels Recht anzuerkennen, in sicheren und an-

erkannten Grenzen, frei von Drohungen und Gewalttaten zu leben. Kairo akzeptiert dieses Recht zwar für „jeden Staat dieses Gebietes“. Aber das ist eine Phrase, die in Theorie und Praxis Ägyptens niemals Israel eingeschlossen hat. Es sei daran erinnert, daß im Oktober 1956 – und noch manches Mal danach – Ägypten sich bereit erklärt hat, „jedem Staat der Welt“ freie Durchfahrt durch den Suezkanal zu gestatten. Jeder Staat der Welt bedeutete jeder Staat außer der ewigen Ausnahme. Die ägyptische Antwort ignoriert die ausdrückliche Weisung, zu einer Übereinkunft mit Israel zu gelangen, obwohl das der entscheidende Teil der Resolution war. Und Kairo sagt klipp und klar, daß die sichere und anerkannte Grenze Israels die sein soll, die von den Arabern 1947/48 mit Gewalt beseitigt worden ist.

Die ägyptische Antwort verweigert die Anerkennung der Tatsache, daß die Freiheit der Schifffahrt, die der Beschluß des Sicherheitsrates verlangt, auch Freiheit der Schifffahrt für Israel bedeutet. Ägypten vermeidet absichtlich eine Antwort auf die Frage Dr. Jarrings, ob es den Suezkanal und den Golf von Akaba als „internationale Schifffahrtswege“ ansieht, die auch Israel offenstehen und nicht nur denen, die Ägypten als „alle Staaten der Welt“ ansieht. Schließlich lehnt es Ägypten ab, mit Israel Verträge abzuschließen und zu unterzeichnen, die den Frieden in gegenseitigem Einverständnis herstellen. Kairo ist zwar bereit, Übereinkommen mit dem Sicherheitsrat zu treffen, mit dem es keinen Krieg führt, mit dem es keine gemeinsame Grenze hat und in dem Israels Sache nicht verteidigt oder gefördert werden kann. Nirgendwo anerkennt Ägypten die einfache Tatsache, daß seine Beziehungen zu Israel nicht nur von dem Text der Sicherheitsrats-Resolution – den es als vereinbar mit der Entscheidung von Khartum ansieht –, sondern auch durch alle herkömmlichen Normen und Prinzipien des internationalen Rechts, die Bezug haben auf die Verpflichtungen eines Staates sowie auf den Übergang vom Krieg zum Frieden, geregelt werden. Die Mission Dr. Jarrings kam im April dieses Jahres zum Stillstand. In den Sommermonaten war kein Fortgang mehr festzustellen. Die Konsultationen zwischen einigen ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates haben, wie zu erwarten war, zu keinen Ergebnissen geführt. Die Sowjetunion war nicht willens, von dem arabischen Standpunkt abzuweichen oder die Ansicht der Vereinigten Staaten zu akzeptieren, daß direkte Zusammenkünfte zwischen Israel und seinen Nachbarn zu irgendeinem Zeitpunkt unerlässlich sein werden, wenn eine Übereinkunft erzielt werden soll.

Der arabische Standpunkt ist mithin, daß Israel seine Sicherheit aufgeben soll, ohne dafür einen echten, normalen, dauerhaften und verpflichtenden unwiderruflichen Frieden zu erhalten. Wir werden nichts dergleichen tun. Nach 21 Jahren Belagerung und Tausenden von Jahren Kampfes, um unsere Eigenart zu erhalten und zu bewahren, können wir Israels Existenz nicht Bedingungen unterwerfen, deren Damoklesschwert über keiner anderen Nation schwebt, am wenigstens über der arabischen Nation mit ihren vierzehn Staaten und ihrer Ausbreitung über den ganzen Kontinent.

Ein Programm für Sicherheit und Frieden

Die Frage ist, ob wir aus der Sackgasse herauskommen und in die Sphäre einer vernünftigen und menschlichen Ordnung der Beziehungen gelangen können. Dieser Frage haben meine Kollegen in der israelischen Regierung und ich kürzlich erneut unsere Aufmerksamkeit gewidmet. Ich

möchte der Generalversammlung Kenntnis von unseren Ansichten geben und sie bitten, ihnen Verständnis entgegenzubringen. Vorrang vor allem hat die Erneuerung und Verstärkung des Waffenstillstandes.

Der vom Sicherheitsrat vorgeschlagene Waffenstillstand ist im Juni 1967 von den arabischen Staaten ebenso wie von Israel freiwillig angenommen worden. Seine Annahme diene damals einem dringenden arabischen Interesse, ebenso wie jetzt seine Erneuerung im Interesse der Araber liegen würde. Der Waffenruhe-Beschluß war bedingungslos und weder in der Zeit noch im Umfang begrenzt. Ohne einen vollkommenen, aufrichtigen und bedingungslosen Waffenstillstand können keine diplomatischen Verhandlungen aufgenommen werden. UNO-Beobachter können nicht dazu beitragen, einen Waffenstillstand aufrechtzuerhalten – wieviel Mühe sie sich auch geben und welche Opfer sie dafür zu bringen bereit sind –, wenn die führenden arabischen Regierungen ihn für null und nichtig ansehen.

Ich mache für die israelische Seite den Vorschlag, daß jede Regierung, die den Waffenstillstandsbeschluß vom 6. Juni 1967 angenommen hat, erneut die Verpflichtung eingehen sollte, seine einzelnen Punkte strikt zu beachten. Aber die Einhaltung des Waffenstillstandes bedingt auch praktische Maßnahmen, um ihn wirksam werden zu lassen. Ich schlage deshalb weiterhin vor, daß dazu autorisierte militärische Vertreter der Streitkräfte, die sich an der Waffenstillstandslinie gegenüberstehen, zusammenkommen sollten, um wirksame Vereinbarungen für die beiderseitige genaue Einhaltung des Abkommens zu treffen. Dieser Vorschlag entspricht vollkommen zahlreichen Präzedenzfällen.

Eine neue Bemühung für den Frieden

Die Verhinderung des Krieges ist unsere dringendste Aufgabe, aber damit ist unsere Pflicht nicht erschöpft. Der Festigung des Waffenstillstandes sollten zweckmäßige Anstrengungen folgen, einen dauerhaften Frieden herzustellen, oder eigentlich sollten diese Bemühungen schon den Waffenstillstand begleiten. Die Staaten des Nahen Ostens sollten ihre Bereitschaft erklären, einen dauerhaften Frieden herbeizuführen, ihre 21 Jahre alte Feindschaft zu beenden und auf dem Verhandlungswege detaillierte Vereinbarungen über alle Differenzen zu treffen, die es zwischen ihnen gibt. In einem Schreiben an Botschafter Jarring vom 2. April 1969 erklärte Israel, daß es „die Resolution (242) des Sicherheitsrates annimmt, deren Ziel es ist, ein Übereinkommen für die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens durch Verhandlungen und Übereinstimmung zwischen den betroffenen Regierungen zu erreichen. Die Verwirklichung der Verträge sollte beginnen, wenn Übereinkunft über alle ihre Bestimmungen erzielt worden ist.“ Bei der Diskussion der Abkommen, des Tagungsortes und der Tagesordnung der Verhandlungen sollten wir uns die guten Dienste Botschafter Jarrings zunutze machen. Vor zwanzig Jahren war es für Israel und die arabischen Staaten möglich, die nötigen Vereinbarungen zu treffen, um über ein Waffenstillstandsabkommen zu verhandeln und es zu unterzeichnen. Es sollte nicht über unseren guten Willen und unser Vermögen hinausgehen, nun auch Vereinbarungen zu treffen, um über einen Friedensvertrag zu verhandeln und ihn zu unterzeichnen. Die Außenminister Israels und der arabischen Staaten sollten ihre gleichzeitige Anwesenheit in New York dafür nutzen, zusammen mit Botschafter Jarring dieses Werk hier zu beginnen, und zwar jetzt sofort damit zu beginnen.

Israel ist zu Verhandlungen bereit, ohne irgendwelche

Vorbedingungen zu stellen. Es verlangt nicht, daß die arabischen Regierungen seine Vorschläge im voraus akzeptieren. Das Wort „unverhandelbar“ gehört nicht zu Israels Vokabularium. Sie fragen: „Was kann bei diesen Verhandlungen vorgeschlagen und diskutiert werden?“ Ich antworte: „Alles.“ Sie fragen: „Was ist von der Diskussion ausgeschlossen?“ Ich antworte: „Nichts.“ Natürlich werden wir in den Verhandlungen klarstellen, wo unsere vitalen und unverzichtbaren Interessen liegen. Aber wenn die Verhandlungen erst einmal begonnen haben, müssen sich die Partner ihrem Schicksal anvertrauen. Ihre Aufgabe wird dann nicht nur sein, Standpunkte zu vertreten, sondern sie auch mit denen der anderen auf einen Nenner zu bringen.

Israel verlangt nicht die ausschließliche oder einseitige Verwaltung der Heiligen Stätten des Christentums und des Islams in Jerusalem und ist bereit, diese Frage mit denjenigen zu diskutieren, die traditionell daran interessiert sind. Es gibt eine umfangreiche Liste von Möglichkeiten, nach der man für die Heiligen Stätten einen Status ausarbeiten könnte, der den Frieden im Nahen Osten fördert und die ganze Welt zufriedenstellt. In der Zwischenzeit geht unsere Politik dahin, daß die Heiligen Stätten des Islams und des Christentums in der Verantwortung derjenigen bleiben sollen, die sie auch heilig halten. Dieser Grundsatz ist seit 1967 stets eingehalten worden.⁷

Der Übergang zum Frieden

Statt über Waffenstillstandslinien zu diskutieren, sollten wir sichere und anerkannte Grenzen als Teil der Friedensbemühungen und in voller Übereinstimmung mit den durch den Friedensvertrag bestimmten Grenzen über die Streitkräfte herstellen. Es ist wichtig, mit den provisorischen Gebietsteilungen, wie sie seit 1948 üblich waren, Schluß zu machen und erstmalig eine dauerhafte Grenzziehung, die durch Sicherheitsabkommen unterstützt wird, zu verwirklichen. Eine Hauptschwäche in den Behauptungen, die Außenminister Gromyko hier heute morgen aufgestellt hat, ist, daß er völlig die vom internationalen Recht unterstützte Notwendigkeit ignoriert hat, zwischen Israel und allen angrenzenden arabischen Staaten sichere und gegenseitig in Verträgen festgelegte Friedensgrenzen zu bestimmen. Die arabischen Regierungen fügten in unser Abkommen von 1949 die Klausel ein, daß die Waffenstillstandslinien nicht mit den endgültigen Friedensgrenzen identisch seien und diese erst in gegenseitigem Einvernehmen beim Übergang zum Frieden ausgearbeitet werden müßten. Wir stehen nun vor diesem Übergang zum Frieden.

Unter Friedensbedingungen würden die Bevölkerung Israels und die palästinensischen Araber auf beiden Seiten des Jordans als Bürger souveräner Staaten in Übereinstimmung mit den im Friedensvertrag vereinbarten und abgeschlossenen Grenzen leben. Aber die geopolitische Einheit, die diesem Gebiet eigen ist, spricht für eine offene Grenze, so wie sie sich jetzt innerhalb der europäischen Gemeinschaften und auch in anderen regionalen Strukturen herausbildet. Die Freiheit der Bewegung und des Handelns, die sich in diesem Gebiet ergeben hat, sollte im Friedensvertrag bestätigt und sogar noch erweitert werden, indem man den Menschen, die an beiden Ufern des Jordans leben, ein Gemeinschaftsprinzip zubilligt. Es sollte möglich sein, unsere getrennten Hoheitsrechte mit

⁷ Vgl. FR XIX/1967 S. 49.

unseren gemeinsamen regionalen Interessen in Einklang zu bringen.

Wir schlagen vor, daß eine Konferenz der Nahost-Staaten einberufen wird, an der auch die Regierungen, die zur Flüchtlingsfürsorge beitragen, und die dafür zuständigen besonderen Institutionen der UNO teilnehmen. Auf dieser Konferenz sollte ein Fünfjahresplan unter regionaler und internationaler Verantwortung aufgestellt werden, mit dem Ziel, das Flüchtlingsproblem im Rahmen eines dauerhaften Friedens zu lösen und die Flüchtlinge wieder einem produktiven Leben zuzuführen.^{7a}

Die Rolle der Großmächte

Auf Grund der Unabhängigkeit, die die Staaten des Nahen Ostens erstrebt und erlangt haben, müssen sie die Förderung des Friedens als ihre eigene autonome Verantwortlichkeit ansehen. Es ist für sie zwecklos und anachronistisch, wenn sie ihre Blicke in die Ferne schweifen lassen, in der Hoffnung, daß eine Friedensregelung draußen gefunden und von dort importiert werden könnte. Der Frieden muß von israelischen und arabischen Händen errichtet werden, denn israelisches und arabisches Schicksal steht dabei auf dem Spiel. Als zu Beginn dieses Jahres eine diplomatische Aktivität mit dem Ziel begann, die Initiative und Verantwortung für die Wiederherstellung des Friedens dem Nahen Osten zu entziehen, haben wir sogleich unserer Zurückhaltung und Skepsis darüber Ausdruck verliehen. Wenn die vielgestaltigen nationalen Interessen und Rivalitäten der Großmächte auf eine regionale Spannung übertragen werden, kann das Resultat davon nicht sein, die Spannung zu mildern, sondern ihr Ausmaß noch zu vergrößern. Es ist nichts geschehen, was diese Vorhersage widerlegt hätte. Wir bitten insbesondere alle Mitgliedsstaaten um Verständnis dafür, daß es anomal und ungerecht ist, von Israel zu verlangen, Vorschläge und Ideen zu akzeptieren, die eine sowjetische Färbung haben. Die Sowjetunion hat in der Entwicklung, die zum Krieg von 1967 geführt hat, eine finstere Rolle gespielt. Indem sie dauernd zu einem Wettrüsten anreizte, indem sie sich blind mit der arabischen Politik identifizierte, indem sie den Sicherheitsrat an einer gleichen und objektiven Überprüfung der Interessen Israels behindert, indem sie Kairo falsche Informationen über einen angeblich geplanten israelischen Überfall auf Damaskus lieferte, indem sie ein widerliches Bild von Israels geistiger Erbschaft und dem Weltjudentum verbreitete – wurde die Sowjetunion praktisch Partei in dem Streit statt einer uninteressierten Quelle für Rat und Urteil. Diese Einseitigkeit fand ihren Höhepunkt im Abbruch der Beziehungen zu Israel, als Israel sich weigerte, von der Landkarte ausradiert zu werden. Ebenso parteiisch zeigte sich die Sowjetunion durch die verstärkten Waffenlieferungen nach dem Kriege und durch eine unkritische Billigung aller politischen Schritte der arabischen Staaten, die dem Frieden entgegenwirkten. Die Rede Außenminister Gromykos heute morgen läßt nicht die Absicht erkennen, von dieser Linie abzuweichen.

Wenn sie es wollen, können die Großmächte den Frieden fördern, indem sie den Waffenstillstand unterstützen, für Friedensverhandlungen eintreten, sich jeder Versuchung enthalten, den Konflikt global auszuweiten, indem sie nicht ihre eigenen Ansichten als Ersatz für ein freies Zusammenspiel der Ideen und Politik der Araber und Israelis anbieten – und indem sie den arabisch-israelischen Konflikt soweit wie möglich aus ihren eigenen wechselseitigen Beziehungen heraushalten.

^{7a} Vgl. FR XX/1968. S. 47, Ziff. 6.

Juden in arabischen Ländern

Das Verhältnis Israels zu anderen souveränen Staaten ist im tiefsten historischen Sinne ein Teil des endlosen Dialogs zwischen dem jüdischen Volk und dem übrigen Teil der Menschheit. Es gibt da zwei Probleme, die dringend das Weltgewissen ansprechen sollten.

Der UNO-Generalsekretär nimmt in der Einleitung zu seinem Jahresbericht Bezug auf die allgemein empfundene Sorge um den hilflosen Zustand der jüdischen Minderheiten in manchen arabischen Staaten. Die Hoffnungen auf eine Besserung der jammervollen Lage der Juden im Irak, nachdem dort im vergangenen Juli ein neues Regime an die Macht gekommen war, sind völlig zunichte gemacht worden. Wieder einmal sind Juden, aber auch andere irakische Bürger, ohne öffentliches Gericht und Zeugenvernehmungen irgendwelcher Art auf der Grundlage konstruierter Anklagen zum Tode verurteilt und ermordet worden. Die jüdische Gemeinde dort lebt in Angst und Schrecken. Eine normale Existenz ist ihr verwehrt, andererseits ist es ihr aber auch nicht erlaubt, das Land zu verlassen, obwohl verschiedene Staaten ihnen die Einreise erlaubt und Asyl angeboten haben. In Syrien ist die Situation kaum besser. Und in Ägypten sind die Familienoberhäupter scharenweise eingekerkert worden.⁸ Es wird weder Anklage gegen sie erhoben, noch besteht Aussicht auf eine baldige Entlassung. Wir appellieren an die öffentliche Meinung der Welt, etwas für diese schuldlosen und hilflosen Menschen zu unternehmen. Es möge ihnen das Recht gegeben werden, dorthin zu reisen, wo man bereit ist sie aufzunehmen, und wo sie Hoffnung haben können, ihr Leben unter menschenwürdigen Bedingungen fortzusetzen.⁹

Juden in der Sowjetunion

Anders ist die Lage in der Sowjetunion, sowohl in ihrer Natur wie in ihrem Ausmaß, aber auch sie ist gekennzeichnet von erbarmungsloser Feindschaft, und sie gefährdet das Überleben einer großen und alten jüdischen Gemeinschaft. Der Druck, der hier ausgeübt wird, ist nicht von der Art grober physischer Verfolgung. Dort handelt es sich eher um eine Art verfeinerter Zerstörung des geistigen, religiösen und kulturellen Lebens der jüdischen Gesamtheit. Einst wurde der Angriff gegen die sogenannten „Kosmopoliten“ geführt und gipfelte in den erschütternden Exzessen des Ärzteprozesses. Heute wird ein heftiger Kampf, unterstützt von Presse, Fernsehen und anderen Massenmedien, gegen den sogenannten „internationalen Zionismus“ geführt. Dahinter verbirgt sich die Absicht, die drei oder vier Millionen Juden der Sowjetunion geistig und kulturell zu liquidieren. Auch die antisemitische Literatur wuchert in der Sowjetunion und erweckt denselben Widerwillen aller, die sich der Geschichte des Widerstandes gegen die Naziseuche erinnern.

Die sowjetische Rolle in diesem Feldzug der Verdrehung und Verunglimpfung ist der Sowjetunion unwürdig. Wir

⁸ Vgl. FR XIX/1967. S. 60 f.

⁹ *Gebete für Juden der UdSSR und der arabischen Staaten*: Am 25. 12. 1969 versammelten sich in Jerusalem Tausende von Menschen an der Westmauer zu einer von Oberrabbiner Untermann geleiteten Gebetsandacht für die Juden der Sowjetunion und in den arabischen Ländern... In ganz Israel wurden an dem vom Oberrabbiner erklärten Tag des Gebetes besondere Gottesdienste in den Synagogen gehalten. Der Hauptgottesdienst in der Tel Aviver Eliahu-Hanavi-Synagoge war überfüllt. Der dortige Oberrabbiner protestierte gegen das Schweigen der Welt, angesichts der Verweigerung ihrer Grundrechte der Millionen von Juden in der UdSSR und in den arabischen Ländern. (In: „The Israel Digest“ [XIII/1]. 9. 1. 1970. p. 2.)

appellieren deshalb an sie, ihrer jüdischen Minderheit die gleichen Rechte des kulturellen Ausdrucks und Überlebens zu gewähren wie allen ihren anderen Minderheiten.⁹

Entwicklungshilfe und Freiheit der Luftfahrt

Zwei internationale Fragen, die in dieser Debatte schon erwähnt wurden, sind für Israel von besonderer Bedeutung. Unsere internationale Aufgabe sehen wir besonders darin, gute Beziehungen zu anderen Staaten zu pflegen und auf diese Weise eine rasche Entwicklung voranzutreiben. Wir bemühen uns, mit ihnen den sozialen Fortschritt und die technischen Fähigkeiten zu teilen, die zu unserem eigenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Wachstum so viel beigetragen haben. Diese Bemühung hat uns in enge und fruchtbare Beziehungen zu den Völkern von 70 aufstrebenden Überseestaaten gebracht, mit denen wir Abkommen und Verträge für gemeinsame Entwicklungsarbeit geschlossen haben. In der Schaffung neuer Gemeinschaften entwickeln die Menschen ihre besten und höchsten schöpferischen Kräfte. Von diesem Gesichtspunkt aus möchte ich Israels Bedauern ausdrücken, daß die UNO von ihren Mitgliedern, vor allem von den hoch entwickelten Staaten, nicht in die Lage versetzt worden ist, in der Frage der Entwicklung eine zentralere Rolle zu spielen. Das erste Jahrzehnt der Entwicklung neigt sich seinem Ende zu, und keines der angestrebten Ziele ist auch nur annähernd erreicht worden. Der Satz des wirtschaftlichen Wachstums in den Entwicklungsländern ist wenig mehr als 2,7 Prozent statt der 5 Prozent, die man vor zehn Jahren angestrebt hatte. Die UNO würde ihr Prestige vergrößert und ihre weltumfassende Rolle verbessert haben, wenn sie angesichts des Stillstandes ihrer politischen Möglichkeiten ihren Abteilungen für Entwicklungshilfe mehr Unterstützung geliehen hätte. In den entsprechenden Ausschüssen und Beratungen wird meine Delegation alle Vorschläge kritisieren, die dahin zielen, „Forschungen“ anzustellen, statt konkrete Aufgaben zu erfüllen. Wir wissen genau, welches die Probleme sind. Die Frage ist nicht, sie ausfindig zu machen, sondern einen Weg zu finden, um sie zu lösen.

Der zweite Punkt bezieht sich auf die Freiheit der Luftfahrt. Die historische Landung auf dem Mond war letztlich eine Folge der Tatsache, daß es dem Menschen früher gelungen ist, das Problem des Fliegens zu meistern. Ist es nicht ein unerträglicher Gedanke, daß das Jahr der „Apollo 11“-Rakete auf der Erde ein Rekordjahr für die gewaltsame Entführung von Flugzeugen war? In den wahllosen Methoden ihrer Kriegführung haben die arabischen Terroristen nicht vor den Maschinen der zivilen Luftfahrt aus Gebieten, die weit weg von dem Konflikt liegen, haltgemacht. Als ob das nicht schon genug wäre, hat sich die Geißel der Entführung von Flugzeugen nun auch als Instrument des politischen Terrors in unser Gebiet verlagert. Zweimal im vergangenen Jahr sind zivile israelische Flugzeuge mutwillig mit Bomben und Maschinengewehren angegriffen worden, während sie auf einem Flughafen abgestellt waren. Unschuldiges Leben ist getötet worden, und die Passagiere waren dabei unbeschreiblichen Gefahren ausgesetzt. Nur wie durch ein Wunder sind diese Flugzeuge, deren Treibstofftanks bis an den Rand gefüllt waren, nicht explodiert. Die Folgen davon wären schrecklicher gewesen, als man sie sich vorstellen könnte. Es ist etwas mehr als ein Jahr her, daß ein israelisches Flugzeug mit Gewalt von seinem Kurs abgebracht worden ist, der von einem internationalen europäischen Flughafen nach Israel ging. Die Piloten wurden mit der Pistole im Nacken gezwungen, in Algier zu landen. Die

Passagiere und die Mannschaft wurden zögernd entlassen, die Männer israelischer Nationalität, Passagiere wie Mannschaft, wurden 39 Tage lang festgehalten. Erst vor wenigen Wochen wurde ein ausländisches Flugzeug auf einem internationalen Flug mit Maschinenpistolen gezwungen, nach Damaskus zu fliegen, wo Passagiere und Mannschaft mit knapper Not durch den Notausgang ins Freie gelangten, bevor eine Bombe, die die Terroristen im Flugzeug angebracht hatten, explodierte. Auch hier wieder sind nicht alle Passagiere entlassen worden. Zwei israelische Staatsangehörige, die an Bord waren, einer davon ein bekannter Professor der Medizinischen Fakultät der Hebräischen Universität, werden noch immer gewaltsam in Damaskus zurückgehalten. Weitere Fälle von politischer Entführung, insbesondere diejenigen, die Abessinien betreffen, sind den Mitgliedern der UNO nicht unbekannt.

Israel teilt die Ansicht, daß diese Entwicklung eine neue Herausforderung der UNO sowie der offiziellen und halb-offiziellen Institutionen bedeutet, die mit der zivilen Luftfahrt befaßt sind. Es gäbe Gelegenheit genug für mehr internationale Zusammenarbeit im Sektor der Verwaltung wie der Gesetzgebung. Die israelische Regierung ist Mitglied der Konvention von Tokio. Wir verfolgen mit großer Aufmerksamkeit die Bemühungen, die angestellt werden – sowohl in der Internationalen zivilen Luftfahrtorganisation wie auch anderswo –, um die internationalen Möglichkeiten zu verbessern, die sicherstellen, daß, wenn ein Flugzeug entführt wird, die Passagiere und die Mannschaft ausnahmslos in die Lage versetzt werden, ihre Reise ohne Verzögerung fortzusetzen und daß die Schuldigen für den Piratenakt vor Gericht gestellt werden.

In einer früheren Zeit der Geschichte, die sich durch mehr Ritterlichkeit auszeichnete, wurden Seepiraten allgemein als „Feinde der Menschheit“ betrachtet. Niemand gewährte ihnen Asyl oder Unterkunft. Eine rasche Gerichtsbarkeit streckte sie nieder, wo immer sie gefaßt wurden. Die neuen Piraten der Luft sind ebenfalls Feinde der Menschheit und sollten von der Gemeinschaft der Völker nicht anders behandelt werden. Wäre es nicht ein groteskes Paradoxon, wenn man einen Staat, der in flagranter Weise gegen solche internationalen Grundsätze verstößt, etwa in den Sicherheitsrat aufnähme, um ihn dort als Hüter des Friedens und der internationalen Sicherheit fungieren zu lassen?

Mannigfaltigkeit im Nahen Osten

Die arabische Ansicht über Israel und den Nahen Osten wird dadurch verzerrt, daß sich die Araber weigern, zwei wesentliche Elemente unseres Gebietes in Betracht zu ziehen. Das erste ist die Tiefe und Ursprünglichkeit der historischen Kräfte, die unser Volk mit dem Land Israel verbinden. Vieles in der Menschheitsgeschichte ist unverstänlich, wenn man diese Beziehung nicht in Rechnung stellt. Wenn man Israel und alles, was von Israel ausströmte, aus der Geschichte des Nahen Ostens entfernt, dann nimmt man dieser Geschichte ihre zentralen Erlebnisse. Wir haben hier den einzigen Staat der Welt, der wie vor 3000 Jahren dieselbe Sprache spricht, denselben Glauben hat und dasselbe Land bewohnt. Und unsere Nachbarn sprechen davon, als handle es sich um eine plötzliche unorganische Eruption, die man durch Überredung zum Verschwinden bringen könnte. Die politischen und geistigen Führer Arabiens haben nie versucht – und wenn auch widerstrebenden Geistes –, die Faktoren zu prüfen, die Israel zu einem integrierenden Bestandteil der vergangenen Geschichte, der realen Gegenwart und des künftigen

Schicksals des Nahen Ostens machen. Sie müssen endlich damit zurechtkommen: nicht nur mit einer Gemeinschaft von Juden oder Israelis, sondern mit einem souveränen Staat Israel von ausgeprägter Eigenart und Individualität, der eine Tradition und Auffassung in sich trägt, die von der arabischen Tradition und der arabischen Auffassung verschieden sind. Israel kann ein guter Nachbar der arabischen Welt sein. Aber es kann nicht ein Teil von ihr sein.

Hiermit hängt das zweite Problem zusammen, das der Mannigfaltigkeit des Nahen Ostens. Dieser Raum kann nicht von den Arabern allein ausgeschöpft werden. Seine Größe in der Vergangenheit und seine Berufung für die Zukunft liegen in der Mannigfaltigkeit des Glaubens, der Kultur, der Sprachen und der Gesellschaften, nicht zuletzt auch der souveränen Staaten, aus denen sich sein heutiges Leben zusammensetzt. Er ist kein monolithischer Block, sondern ein Mosaik, er ist die Wiege und die Heimat von mehr Nationen als nur einer. Das Problem ist, wie man

eine friedvolle Harmonie von Staaten zustande bringen soll, die verschiedenen Ursprungs sind und doch gemeinsame Interessen haben und die in gleichrangiger Vernunft und Gerechtigkeit zum Bild des Nahen Ostens gehören.

Es gibt Grund genug für eine tiefe Beunruhigung, aber nicht für eine fatalistische Verzweiflung. So etwas wie einen unversöhnlichen Konflikt gibt es in der Geschichte nicht. In unserer eigenen Generation sind tiefverwurzelte und „traditionelle“ Feindschaften zwischen den Völkern dahingeschwunden. Neue Formen und Perspektiven in der internationalen Zusammenarbeit haben sich entwickelt. Die Weltöffentlichkeit sollte die arabischen Regierungen aufrufen, eine Feindschaft aufzugeben, die den weltumfassenden und einigenden Strömungen des 20. Jahrhunderts zuwiderläuft. Wenn das geschieht, wird der Nahe Osten eine Zukunft haben, die größer ist als seine Vergangenheit, erfüllt von einer neuen und weiten Vision – eine fortgesetzte Hoffnung, die sich auf fortgesetzte Leistung gründet.

II Britische Regierungsansichten

A Aus den Reden des britischen Außenministers Michael Stewart vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 22. 9. und vom 30. 10. 1969

Diese beiden Erklärungen entnehmen wir dem „London Press Service – Verbatim Service“ und geben daraus Abschnitte, die den Mittleren Osten betreffen, in Übersetzung wieder.

a) Vom 22. 9. 1969¹

12. Ich wende mich nun einem anderen, weit wichtigeren Problem zu – dem Mittleren Osten. Seitdem wir vor einem Jahr darüber diskutiert haben, hat es zwar viel diplomatische Aktivität, aber leider wenig Fortschritte gegeben. In der Zwischenzeit sind die Gewalttätigkeiten weitergegangen. Die Waffenstillstandslinien sind tatsächlich zusammengebrochen. Es hat viele Gewaltakte gegeben, bei denen Hunderte ihr Leben verloren haben und Tausende auseinandergerissen und entstellt worden sind. Diese Gewalttätigkeiten machen ein künftiges Abkommen noch schwieriger. Doch ist eine umfassende politische Regelung wesentlich.

13. Lassen Sie mich einiges über Methode, Form und Inhalt einer Regelung sagen. Zur Methode: Wir hatten gehofft, daß die geduldige Arbeit von Dr. Jarring Erfolg haben würde. Es lag jedoch sicher nicht an ihm, daß sie bisher erfolglos war [s. u. S. 32]. Anfang dieses Jahres war vorgeschlagen worden, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Frankreichs und Großbritanniens sich zusammensetzen sollten. Diesen Vorschlag haben wir damals gern aufgenommen. Seitdem haben Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion stattgefunden. Inzwischen vertritt meine Regierung den Standpunkt, daß wir hinsichtlich der Methode einer Regelung nicht dogmatisch sein sollten.

Seien es Konsultationen von vier oder zwei Mächten, die Bemühungen von Dr. Jarring können, in Zusammenarbeit mit diesen, nur nützlich sein: und wenn, in irgendeinem Stadium, die betroffenen Parteien mit Hilfe von Dr. Jarring in Gespräche eintreten könnten, wäre das um so besser. Nach unserer Ansicht sollte niemand sagen: „Wir schließen eine bestimmte Methode aus“ oder „Wir bestehen nur auf einer Methode, und zwar nur auf einer allein“. Falls sich zu irgendeinem Zeitpunkt eine Methode als undurchführbar erweisen sollte, müssen wir alle bereit sein, auch andere Methoden zu versuchen.

14. Zur Form der Regelung: Diese muß allen Parteien die unaufhebbaren Verpflichtungen auferlegen, in Frieden miteinander zu leben und die Bedeutung einer Respektierung der vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen anzuerkennen. Der Inhalt der Regelung muß alle Bestimmungen der wichtigen Resolutionen, die im November 1967 verabschiedet worden sind, wirksam werden lassen. – Rückzug, sofortiger und andauernder Frieden, eben alle Punkte dieser Resolution. Das Problem war, aus dieser Resolution ein arbeitsfähiges Paket, ein Programm oder gleichlautende Listen von Aktionen zu bilden, die von den Parteien durchgeführt werden sollen – welchen Ausdruck Sie auch immer verwenden wollen –, und die sicherstellen würden, daß alle Bestimmungen der Resolution ausgeführt werden. Nun bedeutet aber die Resolution respektieren folgendes: Wenn irgend jemand, irgendeine Nation, versucht, ein solches Arbeitspaket zu erstellen, muß er sich sagen: „Ich will nicht einen bestimmten Vorschlag zurückweisen, bloß weil ich denke, er könnte einer der betroffenen Parteien, die ich möglicherweise begünstige, zuwider sein. Ich sollte mich besser bei jedem Vorschlag fragen: „Ist es fair, ist es durchführbar, wird es

¹ Aus: Mr. Stewart at UN – Full Text. In: London Press Service (Verbatim Service [234/69]), p. 3 sq.